

Wirtschaft und Politik

Merkel bremst Wehrreform

Der Bundeskanzlerin gehen die Pläne ihres Verteidigungsministers zur möglichst schnellen Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zu weit.

Rüdiger Scheidges Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird die Pläne von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zur Aussetzung der Wehrpflicht nicht akzeptieren. Das erfuhr das Handelsblatt aus Regierungskreisen. Stattdessen will sie die Wehrpflicht übergangsweise beibehalten und den Umfang der Bundeswehr vorerst von derzeit knapp 250 000 nur auf 210 000 Soldaten reduzieren. Zu Guttenberg hatte für eine Senkung auf 165 000 Soldaten plädiert.

Ein Abteilung im Kanzleramt unter Leitung des sicherheitspolitischen Beraters Christoph Heusgen, beratschlagte am gestrigen Sonntag noch über Details. Ihre Empfehlung, die Wehrpflicht erst nach einer Übergangsfrist auszusetzen, machte Merkel sich zu eigen und informierte zu Guttenberg darüber.

Im Kanzleramt wie auch schon im Finanzministerium haben sich zudem Zweifel an der Tragfähigkeit der Guttenbergschen Einsparprognosen ergeben. Statt der von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geforderten Einsparungen im Verteidigungshaushalt in Höhe von 8,3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2014, können demnach mit zu Guttenbergs angepeilten Strukturänderungen allenfalls 1,4 Mrd. Euro eingespart werden. Zum anderen herrscht Skepsis im Kanzleramt, dass die vom Verteidigungsminister angestrebte Reduzierung der Soldaten die volle Bündnisfähigkeit gegenüber der Nato und den europäischen Nachbarn erhalten kann.

Nach vorläufigen Berechnungen kostet das von Merkel favorisierte Modell mit 180 000 Berufssoldaten plus 30 000 Grundwehrdienstleistenden rund zwei Mrd. Euro mehr als das vom Verteidigungsminister präferierte Modell mit 165 000 Soldaten. Zu Guttenberg will den Fraktionen am heutigen Montag insgesamt fünf Modelle vorstellen.

Der Verteidigungsexperte der SPD, Hans-Peter Bartels, teilt die Bedenken der Kanzlerin hinsichtlich zu Guttenbergs Wunschmodell: "Seine Vorstellungen sind radikal. Bereits jetzt ist die Bundeswehr nur noch halb so groß wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Er deutet zudem mit keinem Wort an, wie sein Sicherheitskonzept und seine Bündnispolitik aufgrund der angesteuerten minimalen Sollgröße aussehen soll."

Als größte Volkswirtschaft müsse Deutschland offenkundige Sicherheitsrisiken der kleinen Nachbarn gegenüber großen Staaten im Auge behalten, spielt Bartels auf nicht auszuschließende Konflikte mit Russland an. "Ich habe den begründeten Eindruck, dass zu Guttenberg bei seinen Vorstellungen alleine den Afghanistan-Einsatz als Orientierung besitzt. Das ist grundfalsch." Auch Bartels bezweifelt den Spareffekt: "Die schlichte Zahl der Wehrpflichtigen einfach zu reduzieren, bringt kaum etwas."

Auch CDU-Sicherheitsexperte Roderich Kiesewetter gibt Merkel recht: "Wer glaubt, dass die Aussetzung der Wehrpflicht Geld einsparen hilft, gibt sich einer Illusion hin. Deshalb die Wehrpflicht aufzugeben, wäre ein Fehler." Prinzipiell befürwortet Kiesewetter den Übergang zur Berufsarmee. Allerdings sieht auch er den Bedarf für Übergangslösungen und plädiert im Handelsblatt für eine vorläufige Beibehaltung des Grundwehrdienstes: "Vorerst sollten wir den sechsmonatigen Wehrdienst beibehalten und für den freiwilligen Wehrdienst als eine Art Gesellschaftsdienst werben. Den Gedanken des Freiwilligen Sozialen Jahres sollten wir in einer Initiative mit dem Familienministerium als Tu-was-für-dein-Land-Projekt fortentwickeln."

Auch die CSU spielt auf Zeit. Faktisch ist sie der entschiedenste Gegner des eigenen Verteidigungsministers. Parteichef Horst Seehofer, Bayerns Ministerpräsident, lehnt jede Aussetzung ab. Dem Handelsblatt verkündete CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt kategorisch: "Es gibt zur Zeit keine Festlegung von niemandem. Die CSU wird sich am Parteitag Ende Oktober mit der Strukturreform der Bundeswehr befassen."

Tatsächlich will Merkel vor der CDU-Fraktionsvorstandsklausur im September und vor dem CDU-Parteitag im November in Karlsruhe keinerlei Entscheidung bekannt geben, sondern die Stimmung der Partei abwarten. Denn noch gibt es in der Union eine breite Mehrheit gegen die völlige Aussetzung der Wehrpflicht.

Zu Guttenberg kennt die zahlreichen Einwände gegen seine Pläne bestens. So baute er am Wochenende in Kenntnis der wachsenden Skepsis vor: "Allein mit der Frage der Aussetzung der Wehrpflicht oder Schaffung eines neuen Modells werden wir dem Sparziel nicht gerecht werden können. Vielmehr geht es darum, dass man insgesamt mit einer Neustrukturierung der Bundeswehr den Zielen des Bundesfinanzministers nahe kommt." Deshalb gelte es jetzt, seine Vorschläge politisch zu diskutieren.

Kasten: ZIVILDIENT IN DEUTSCHLAND

Sozialdienst Sollte die Wehrpflicht ausgesetzt werden, will das Bundesfamilienministerium einen Zivildienst aufbauen. "Ich kann mir vorstellen, einen neuen bundesweiten freiwilligen Zivildienst für Männer und Frauen einzuführen", sagte Ministerin Kristina Schröder (CDU) der "Bild am Sonntag". Rechtlich bedeute ein Aussetzen der Wehrpflicht, dass am selben Tag auch der Zivildienst ende.

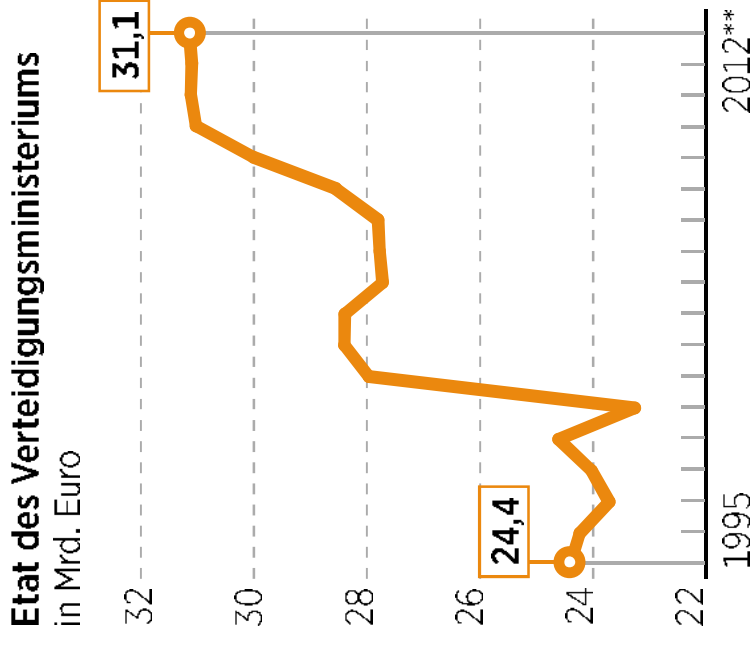
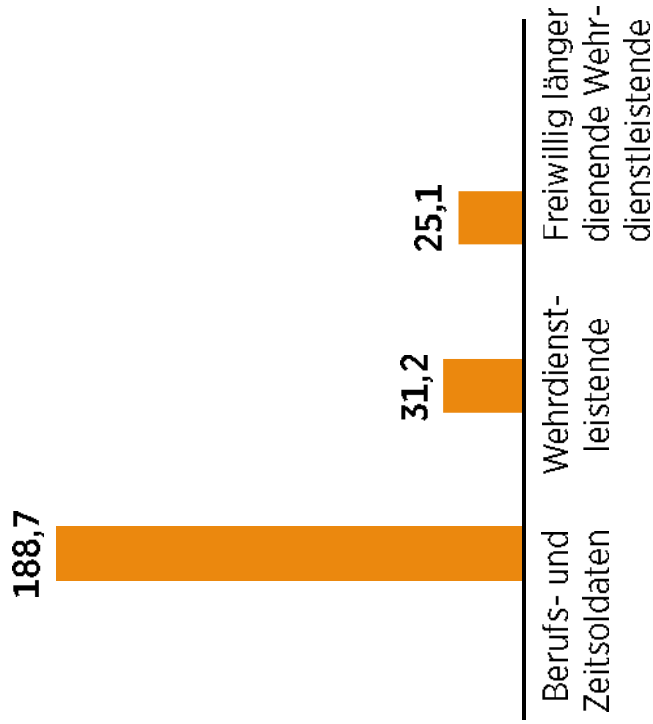
Vorteile Der Sozialdienst solle den Freiwilligen nicht zwangsläufig mehr Geld bringen. Vielmehr gehe es um andere Vorteile. "Also zum Beispiel um eine Anrechnung dieser Zeit fürs Studium", sagte Schröder. Der Zivildienst in seiner bisherigen Form lasse sich aber so nur zum Teil ersetzen. "Deshalb muss man auch die bewährten Freiwilligendienste in der Regie der Länder wie das freiwillige soziale oder ökologische Jahr stärken."

Anzahl Nach Angaben des Bundesamts für den Zivildienst in Köln waren im August 2010 insgesamt 48 913 Zivildienstleistende im Dienst. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 90 555 Zivildienstleistende in Deutschland. dpa

Scheidges, Rüdiger

Bundeswehr vor dem Umbau

Personalstärke*
nach Dienstart in Tausend



*Stand: Aug. 2010, **ab 2010 Planungsdaten

Handelsblatt

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium der Verteidigung

Handelsblatt Nr. 161 vom 23.08.2010

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.